

Niederschrift
über die
öffentliche Sitzung des Bezirksbeirats Neckarstadt-Ost
am Donnerstag, 5. Juli 2018,
im Mensa der Uhlandschule
- Zugang über den Schulhof/Eingang Geibelstraße -
Geibelstraße 6, 68167 Mannheim

Anwesend:

Sitzungsleitung BBR

Stadtrat	Reinhold Götz	SPD
----------	---------------	-----

Sprecher/in

Hans Georg Dech	SPD
-----------------	-----

Hans Heiser	Freie Wähler ML
-------------	-----------------

Roswitha Henz-Best	CDU
--------------------	-----

Claus Nielsen	AfD
---------------	-----

Dennis Ulas	DIE LINKE
-------------	-----------

Mitglied

Stefanie Heß	GRÜNE
--------------	-------

Dr. Johannes Schuler	GRÜNE
----------------------	-------

Barbara Kladt	SPD
---------------	-----

Ursel Kravat	SPD
--------------	-----

Günter Wöhr	CDU
-------------	-----

Stadtrat/Stadträtin im Bezirk

Stadtrat	Thomas Trüper	DIE LINKE
----------	---------------	-----------

Vertreter/in der Verwaltung

Stephanie Bange	Uhlandschule
Heike Fleischmann	FB Bildung
Adrian Fohr	FB Stadtplanung
Michael Harbrecht	FB Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt
Klemens Hotz	FB Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt
Jochen Tölk	FB Stadtplanung

Bezirksleitung

Martina Matuschewski	FB Bürgerdienste
----------------------	------------------

Schriftführer/in

Ariane Damm	FB Rat, Beteiligung und Wahlen
-------------	-----------------------------------

Abwesend:

Stellvertretende Sitzungsleitung BBR

Stadtrat	Dirk Grunert	GRÜNE
----------	--------------	-------

Sprecher/in

Carmen Göth	GRÜNE
Tom Sauer	FDP

Stadtrat/Stadträtin im Bezirk

Stadtrat	Volker Beisel	FDP
Stadtrat	Ralf Eisenhauer	SPD
Stadtrat	Christopher Probst	Freie Wähler ML

Stadtrat	Konrad Schlichter	CDU
Stadtrat	Wolfgang Taubert	MfM

Schriftführerin: Frau Damm

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 22:25 Uhr

Herr Götz begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er informiert, dass zur Vorlage zu TOP 4 wegen der verspäteten Zustellung heute keine Beschlussempfehlung abzugeben sei. Dies werde im Nachgang erfolgen. Er geht nochmals kurz darauf ein, warum die Sitzung vom ursprünglichen Termin am 11.07. vorverlegt wurde. Verschiebungen seien selten, es könne dennoch vorkommen, dass dies aus triftigen Gründen erfolge.

Frau Henz-Best kritisiert die Verschiebung der Sitzung und die Nichtberücksichtigung von Themen, die der BBR vorgeschlagen hatte. Die Sonderveranstaltung zur Videoüberwachung sei zwar als öffentlich deklariert gewesen, die Bevölkerung habe jedoch davon keine Kenntnis gehabt. Auch der Umstand, dass die zu erstellende Vorlage zum Neuen Messplatz nur per Zuladung des BBR behandelt werden solle, sei kritisch, da die Bevölkerung auch hier außen vor bleibe.

Herr Götz erklärt zur Videoüberwachung, dass im Nachgang der Sitzung in Neckarstadt-West auf Anregung der beiden Sitzungsleitungen der Sondertermin stattgefunden habe. Für die Information sei das Dezernat des Ersten Bürgermeisters verantwortlich gewesen.

Zum Neuen Messplatz solle eine Vorlage in den AUT eingebracht und im September oder Oktober behandelt werden. Bestehe der BBR auf einer Vorberatung in eigener Sitzung, verzögere sich der Beschluss des AUT um einige Monate. Die Willensbildung des BBR und deren Vermittlung an das entsandte Mitglied obliege der inneren Organisation des Gremiums. Die einzelnen Positionen seien soweit bekannt und weitgehend deckungsgleich, so dass man hier die Entscheidung nicht verzögern solle.

Herr Dr. Schuler stimmt Frau Henz-Best wegen der Videoüberwachung zu; es seien keine Bürger anwesend gewesen, auch seien nach wie vor nicht alle Fragen beantwortet.

Herr Götz erinnert daran, dass die Entscheidung zur Videoüberwachung getroffen sei und man dies insofern akzeptieren müsse.

Herr Trüper ergänzt zum Neuen Messplatz, dass in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses über die neue Polizeiverordnung entscheide, die ein Übernachtungsverbot in LKW beinhalte.

Tagesordnung
- öffentlich -

- TOP: 1 BBR-SV053/2018
Uhland-Grundschule und Ganztagsgrundschule in Neckarstadt-Ost
Dezernat III
- TOP: 2 BBR-SV054/2018
Jugendhaus Herzogenried
Dezernat III
- TOP: 3 V235/2018
Entwicklung des Grundstücks „Schafweide“
Vorgaben für das Investorenauswahlverfahren
Dezernat IV
- TOP: 4 V293/2018
Bebauungsplan Nr. 32.3.2 "Medizinische Fakultät"

hier:
Aufstellungsbeschluss
Dezernat IV
- TOP: 5 **Stadtbezirksbudget - mündlicher Bericht über die Verwendung der**
Mittel
- TOP: 6 **Anfragen / Verschiedenes**
-

TOP:1

BBR-SV053/2018

Uhland-Grundschule und Ganztagsgrundschule in Neckarstadt-Ost

Frau Fleischmann geht auf die Schülerzahlen im laufenden Schuljahr und die Prognosen ein, die auch die Neubaugebiete umfassen. Die Einwohnerstatistik werde im Zweijahresrhythmus erstellt und Ende 2018 aktualisiert. Die Dreizügigkeit bei Erich-Kästner- und Käthe-Kollwitz-Schule bleibe bestehen, die Uhlandschule werde vierzünftig weitergeführt. Sie verweist ferner auf die Schulstatistik. Die Stadt wolle 70% der Schulen zu Ganztagschulen ausbauen, was aber von den verfügbaren Mitteln und der entsprechenden Entscheidung der jeweiligen Schulgemeinschaft abhängen. Mit dem Neubau der Humboldt-Schule entstehe eine weitere Ganztagschule in der Neckarstadt, wiewohl hier noch kein Konzept vorgelegt worden sei.

Frau Bange stellt sich als neue Leiterin der Uhland-Grundschule vor. Sie freue sich, dass die Sitzung in den Räumen der Schule stattfinde. Sie selbst habe bereits eine andere Ganztagschule geleitet und habe nun nach ihrer Elternzeit die Leitung der Uhland-Grundschule übernommen. Das Besondere an der Schule sei, dass sie eine gebundene Ganztagschule sei, in der alle Kinder bis 15 Uhr betreut werden. Dies sei für die kinderleichte Entwicklung sehr wichtig. Die Schule verfüge über einen sehr aktiven Förderverein und engagierte Elternvertretungen. Auch die Tatsache, dass es neben den Lehrkräften auch Personal aus dem Erzieherbereich gebe, sehe sie sehr positiv.

Sinn der Ganztagschule sei eine andere Tagesgestaltung, Lernen und Betreuung seien stärker miteinander verwoben, auch nachmittags gebe es Lernblöcke. Man wolle damit nicht die Aufgaben der Eltern ersetzen, diese aber unterstützen. Die Schule biete ein umfangreiches Angebot an Arbeitsgruppen. Der Ganztagsbetrieb erstrecke sich von Montag bis Donnerstag, freitags stehe aber das erzieherische Personal auch bis 17 Uhr zur Verfügung. Die Schule verzeichne eine große Nachfrage, deutlich stärker als im Vorjahr. Die sei auch auf eine hohe Anzahl von Anträgen auf Schulbezirkswechsel zurückzuführen, wenn man eine andere Schulform bevorzuge, als im eigenen Bezirk angeboten. Sie rechne in den nächsten Jahren mit einem weiteren Zulauf, für das nächste Schuljahr habe man bereits Kinder ablehnen müssen, weil die Plätze über die Vierzügigkeit nicht ausreichten. Dennoch gebe es weitere Anfragen und auch Zuzüge in den Schulbezirk, die man berücksichtigen müsse.

Herr Götz bemerkt, dass es in der Neckarstadt fünf Grundschulen gebe, aber nur eine mit Ganztagsbetrieb. Die Umwandlung der Erich-Kästner-Schule sei leider an der anlehenden Haltung der Schulgemeinschaft gescheitert und nun auch baulich nicht mehr möglich. Man müsse überlegen, wie man politisch mit dem Thema umgehe; es sei ungünstig, dass die Stadt die Schulen finanzieren müsse, aber sonst keine Entscheidungsgewalt habe. Die Humboldt-Grundschule solle als Ganztagschule neu gebaut werden, es stehe aber noch nicht fest, ob dies drei- oder vierzünftig erfolge. Letztlich bleibe nur die Möglichkeit, auf eine positive Positionierung von Neckarschule und Käthe-Kollwitz-Schule zu hoffen. Leider müsse man jedoch immer Vorlaufzeiten von mehreren Jahren berücksichtigen. Des Weiteren gelte es zu berücksichtigen, dass Turley erst zur Hälfte bewohnt sei, hier und auch in Centro Verde gebe es einen starken Zuwachs an jungen Familien und demzufolge Bedarf an Grundschulplätzen.

Herr Dr. Schuler sagt, man müsse perspektivisch das Angebot an Ganztagesgrundschulplätzen am derzeitigen Bedarf an Ganztageskrippen- und Ganztageskitaplätzen orientieren.

Herr Ulas hält es für wichtig, Ganztagsgrundschulen wohnortnah anzubieten; daher bestehe auch für Herzogenried und Wohlgelegen Bedarf. Er hoffe, dass die Entscheidung der Käthe-Kollwitz-Schule nochmals revidiert werden könne.

Frau Heß erkundigt sich nach weiteren Kooperationen der Schule mit Vereinen und der Barrierefreiheit des Neubaus der Humboldtschule.

Frau Fleischmann erklärt die Systematik der Bevölkerungsprognose. Die neuen Wohngebiete seien darin eingerechnet. Der FB Bildung gleiche zudem jährlich die Anmeldezahlen mit der Prognose ab und könne daher deren Verlässlichkeit bestätigen. Der nach wie vor bestehende Zuzug aus Südosteuropa und inklusive Beschulung stellten spezielle Anforderungen an das Raumangebot. Die Umwandlung der Kästner-Schule sei nun baulich schwieriger, da das lange Zeit reservierte Baufeld auf Turley inzwischen anderweitig vergeben sei und man im Falle einer positiven Entscheidung der Schule prüfen müsse, wie die Umwandlung realisiert werden könne. Die Humboldtschule werde barrierefrei gebaut, dies sei bei Neubauten Standard. Bei Bestandsgebäuden sei dies zwar schwieriger, aber dennoch machbar.

Frau Bange bezweifelt nochmals, dass das zukünftige Angebot an Ganztagesplätzen ausreichen werde und ergänzt zum Thema Vereine, dass Treffpunkt und Musikschule sowie die Ballschule integriert seien. Man wolle diese Angebote ausbauen.

Herr Dr. Schuler untermauert nochmals seine Zweifel an der Verlässlichkeit der derzeitigen Bedarfsprognose für Ganztagesgrundschulplätze und verweist auf die aus seiner Sicht misslungene Planung von Ganztagesplätzen im Kindergartenbereich, wo das Angebot nach einem Ansturm auf die Krippenplätze der letzten Jahre nun völlig unzureichend sei.

TOP:2

BBR-SV054/2018

Jugendhaus Herzogenried

Herr Hotz und Herr Harbrecht stellen das Jugendhaus Herzogenried vor. Die Einrichtung verfüge über eine Fläche von 800 m², Jugendarbeit sei gesetzlich vorgeschrieben. Da es sich um ein offenes Angebot handle, registriere man nun reine Besuchszahlen, könne aber dennoch feststellen, dass der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund mit 80 % sehr hoch sei. Das Jugendhaus verfüge über ein sehr intensives Angebot, das von Montag bis Freitag mit insgesamt 54 Stunden vorgehalten werde. Das Jugendhaus sei auch Ausbildungsstelle für Studierende der Dualen Hochschule und arbeite intensiv mit Ehrenamtlichen, Honorarkräfte ergänzten das Angebot. Pro Jahr organisiere man zusätzlich etwa 30 Wo-

chenendveranstaltungen. Basis der Arbeit der offene Treff, der ohne Verpflichtung zur Teilnahme an bestimmten Angeboten die Möglichkeit biete, Zeit im Jugendhaus zu verbringen. Alle Angebote seien kostenfrei, was auch auf großzügige Unterstützung Dritter, auch des BBR, möglich sei.

Frau Kravat lobt die Arbeit des Teams des Jugendhauses. Das Angebot sei in den letzten Jahren erheblich erweitert worden und werde bestens angenommen.

Frau Heß spricht das Hip-Hop-Projekt an; dies sei gerade für Kinder und Jugendliche, die noch sprachliche Schwierigkeiten hätten, ein guter Einstieg, mit Gleichaltrigen Kontakte zu knüpfen. Wichtig sei es, auch Jugendliche aus den anderen Stadtteilen einzubinden bzw. Dort ein Angebot vorzuhalten.

Herr Nielsen ist der Meinung, der Integration der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sei es sicher zuträglich, wenn der Anteil deutscher Jugendlicher erhöht werden könne.

Herr Hotz erläutert, dass man die Kinder und Jugendlichen als Einzelne, nicht als Gruppen, anspreche, da Integration so besser gelinge. Man spreche alle Nationalitäten gleichermaßen an.

Herr Harbrecht ergänzt, dass man die Jugendlichen auch in die Programmgestaltung einbinde, jedoch keine festen Strukturen habe, sondern schnell und unkompliziert auf Nachfrage und Wünsche reagiere. Sprachförderung biete man bewusst nicht an, um sich als Freizeitangebot gegen schulische Angebote abzugrenzen. Einige Jugendliche aus dem Wohlgelegen besuchten regelmäßig das Jugendhaus, für Kinder sei die Entfernung jedoch zu weit.

TOP:3

V235/2018 Tölk, Jochen

Entwicklung des Grundstücks „Schafweide“

Vorgaben für das Investorenauswahlverfahren

Herr Tölk geht kurz auf die Historie des Geländes ein; dieses sei zunächst für die Erweiterung der beruflichen Schulen, dann für den Neubau des Technischen Rathauses vorgesehen gewesen. Nachdem dieses im Glückstein-Quartier realisiert werde, habe der Gemeinderat die Verwaltung beauftragt, das Areal als Wohngebiet zu entwickeln. Inzwischen gebe es Begehrlichkeiten des SWR für den Neubau eines Sendestudios. Hauptausschuss und AUT hätten diesbezüglich einen Grundsatzbeschluss gefasst, das Studio auf einer Teilfläche anzusiedeln. Eine weitere Teilfläche sei noch in städtischem Eigentum und solle als Wohnstandort entwickelt werden. Die Kriterien für das Investorenauswahlverfahren gelte es nun nochmals mit den Gremien abzustimmen. Das städtebauliche Leitbild sehe eine Anbindung an Neckar und Neckarstadt vor. Die Wohnbebauung solle als Blockrandbebauung fünfgeschossig im nördlichen Bereich der Teilfläche erfolgen, um einen Lärmriegel zu erhalten. Das Gebäude des SWR entstehe als Solitär an der Südwest-Ecke, weiter gebe es eine öffentliche Grün- und Platzfläche, auch Parkierung sei vorgesehen. Die Parkplätze zum Neckar

müssten aufgegeben werden, das Hermann-Heimerich-Ufer müsse ausgebaut werden. Der Beschluss des Gemeinderats sehe vor, dass nach Konzeptqualität zum Festpreis veräußert werde, der Investor mit der qualitativ besten Konzeption erhalte den Zuschlag, müsse die Vorgaben bzw. den gewählten Entwurf aber verbindlich einhalten. Vorzusehen seien u.a. eine dreigruppige Tageseinrichtung für Kinder sowie ein Gebäude als Lärmriegel zur Schafweide mit maximal fünf Geschossen, Kfz-Stellplätzen unterhalb des Komplexes und eine extensive Dachbegrünung. Der öffentliche Raum im Süden solle belebt werden, daher gelte es eine entsprechende Nutzung, z.B. durch Gastronomie, zu finden. Man strebe unterschiedliche Wohnformen aus Eigentum, Miete und Baugemeinschaften an, auch unterschiedliche Zielgruppen wolle man ansprechen. Hier seien die Investoren gefordert, entsprechende Lösungen zu entwickeln. Die einzelnen Bestandteile der Wettbewerbsbeiträge werde man überprüfen und bewerten und so den besten Entwurf ermitteln. Letztlich müsse noch der Gemeinderat über die Veräußerung des Grundstücks entscheiden. Man lege Wert auf die Einbeziehung der Bevölkerung, wolle daher die Entwürfe zugänglich machen und auch den Bezirksbeirat in die Entscheidung einbinden.

Aus dem BBR liegen zahlreiche Wortmeldungen vor:

Herr Dech führt aus, dass bereits verschiedene Nutzungen angedacht gewesen seien und das Gremium grundsätzlich einer Bebauung zugestimmt habe. Im Stadtteil gebe es erheblichen Druck auf dem Wohnungsmarkt, so dass es sich anbiete, die Fläche für Wohnen zu nutzen, wenngleich man mit Abstrichen leben müsse. Die SPD begrüße die Umsetzung des 12-Punkte-Programms und die Schaffung preisgünstigen Wohnraums und Planung einer Kindertagesstätte. Zur Anbindung und dem Wegekonzept präferiere man zugunsten des komfortableren Fuß- und Radwegs die Variante 2. Die Ansiedlung des SWR als renommierter Arbeitgeber sei ebenfalls begrüßenswert. Man werde daher die Vorlage unterstützen, nehme die Verwaltung aber in der Pflicht in Sachen Bürgerbeteiligung.

Frau Henz-Best entgegnet, sie empfinde die Planung nicht als Aufwertung. Sie halte es für sinnvoller, auf einem größeren Areal der Neckarpromenade qualitativen Wohnraum zu entwickeln und aus den Einnahmen auch einen Neubau für die beruflichen Schulen zu realisieren. Auch ökologische Gewinne sehe sie nicht, der Verlust der Bäume solle vermieden werden. Der Wegfall der Parkplätze werde den Parkdruck im Stadtteil weiter verstärken. Sie plädiere, wenn überhaupt, für Variante 1, da diese weniger Grünfläche reduziere. Die Ansiedlung von Wohnraum im Inneren des Areals halte sie für nicht geeignet, da die benachbarten Schulen als Nachbarschaft optisch wenig ansprechend seien und außerdem von den Klimaanlagen erheblicher Lärm ausgehe. Die Blockrandbebauung solle sich an der Gestaltung der gegenüberliegenden Gebäude orientieren. Extensive Dachbegrünung stelle keinen Ersatz für die wegfallende Grünfläche dar. Grünflächen seien immer wertvoll, auch ohne Aufenthaltsqualität zu bieten.

Herr Dr. Schuler äußert Bedenken zur Frischluftzufuhr für die Neckarstadt, diese werde durch die Bebauung verschlechtert. Bezüglich der Frage nach der Verlegung des Fußwegs vermutet er, dass es letztlich primär darum gehe, eine größere Fläche für die Bebauung zu erhalten und weniger darum, eine verkehrstechnisch bessere Lösung zu erzielen. Er erkundigt sich nach der Anbindung des Hermann-Heimerich-Ufers.

Herr Ulas spricht den Druck am Wohnungsmarkt an, es gebe wenige Freiflächen für Wohnungsbau; er sehe daher keinen Grund, hier auf eine Wohnbebauung mit Geschosswohnungsbau zu verzichten. Er halte das Projekt für eine Aufwertung, da jede Bebauung besser sei als die jetzige Brachfläche. Von Interesse sei noch, wie viele Wohnungen tatsächlich

entstehen und wie die innenliegende Bebauung aussehen solle, außerdem, ob es eine Festlegung auf fünf Geschosse gebe.

Frau Heß bestätigt den zwar Wohnungsdruck, betont aber auch den Bedarf an unversiegelten Flächen. Sie erkundigt sich, welche Flächen des Areals frei zugänglich sein sollten. Man müsse solche Wegekonzepte schaffen, die Platz für Rad- und Fußverkehr bieten.

Herr Götz weist darauf hin, dass es an der Neckarpromenade fünf berufsbildende Schulen gebe. Ein Neubau dieser Schulen bedeute Investitionen von mindestens 300 Mio. EUR, dies sei aus dem Erlös der Schafweise auch mit gehobenem Wohnungsbau nicht zu realisieren.

Herr Tölk erläutert zur Frischluftzufuhr, dass zwar jede Freifläche eine klimatische Wirksamkeit habe; die Fläche an der Schafweise sei allerdings nur ca. 0,5 bis 0,6 Hektar groß und daher in der Wahrnehmbarkeit für die Neckarstadt marginal. Frischluftzufuhr funktioniere nach den Gesetzen der Schwerkraft. Bereits heute profitiere der Stadtteil nicht von Frischluft vom Neckar, die Friedrich-Ebert-Straße als Schneise biete hier einen deutlichen besseren Luftaustausch. Differenzierte Gebäude- und Fassadengestaltung, wie von Frau Henz-Best vorgeschlagen, sei in der Wettbewerbsauslobung definiert. Momentan gebe es keine Anzeichen, dass ein neuer B-Plan aufgelegt werden müsse, da eine Genehmigung nach § 34 BauGB möglich sei. In Preisgerichten bei städtischen Wettbewerben seien immer auch Vertreter des Bezirksbeirats berücksichtigt, allerdings wie auch die Mitglieder des Gemeinderats nur in beratender Funktion. Zum Thema Bäume habe man sich intensiv mit dem FB Grünflächen und Umwelt auseinandergesetzt. Die Bäume an der Schafweide fielen aufgrund ihrer Größe nicht unter die Baumschutzsatzung, seien aber als Ausgleichsbäume darüber zu berücksichtigen. Der zu erwartende Kronendurchmesser betrage 12 Meter, was bedeute, dass man bei einer Bebauung einen Abstand von 2 Metern zur Pflege berücksichtigen müsse. In der verbleibenden erhalte man sicher Zuwegungen zu den Gebäuden und wenig Aufenthaltsqualität, aber dennoch Unterhaltungsaufwand. Der Radweg mit 2,2 Metern Breite liege derzeit direkt an der Straße neben dem Gehweg. Die Frequenz werde mit einer Bebauung sicher steigen, was dann wenig komfortabel sei. Deshalb habe man die Alternative entwickelt, Neupflanzungen vorzunehmen, die die gleiche Höhe erreichen können wie die Bestandsbäume. Die Wohnbebauung könne dadurch näher an die Straße gerückt werden. Man erreiche dadurch eine entsprechende Vergrößerung des Innenhofs und damit mehr Aufenthaltsqualität im Wohnbereich. Das Hermann-Heimerich-Ufer werde kein verkehrsberuhigter Bereich, die gesamte Platzfläche solle öffentlich, der Innenhof privat sein. Er gehe davon aus, dass 120 bis 140 Wohnungen entstehen können. Die fünfgeschossige Bebauung entspreche etwa der gegenüberliegenden Bebauung. Eine Begrünung der Tiefgarage sei möglich, da hier entsprechend Erdreich aufgeschüttet werde.

Herr Fohr wirft ein, dass dies auf Turley aufgrund des Denkmalschutzes andere Voraussetzungen gehabt habe und daher dort eine Begrünung der Tiefgaragen nicht möglich gewesen sei.

Herr Dr. Schuler erklärt, er könne die Ausführungen zur möglichen Größe der Bäume nicht nachvollziehen.

Frau Heß sagt, bei den Flächen, die nicht versiegelt werden sollen, gehe es nicht um Aufenthaltsflächen, sondern um Erhalt von unversiegeltem Boden bzw. frei-zugänglichen Grünflächen, von denen es in der Neckarstadt-Ost kaum mehr welche gebe.

Frau Henz-Best kritisiert, dass nicht auf die Belange der bisherigen Bewohner eingegangen werde, sondern nur die Interessen der künftigen Bewohner im Fokus stehen. Sie verstehe

nicht, warum man nicht das Gebäude um ein paar Meter von der Straße wegrücken könne. Die Tiefgarage, die entstehen solle, könne den Wegfall der jetzigen Parkplätze nicht kompensieren.

Herr Ulas verweist auf frühere Zusagen, Parkplätze im Parkhaus an der Neckarpromenade nutzen zu können. Alle forderten preisgünstigen Wohnraum, lehnten aber den guten Vorschlag zur Bebauung an der Schafweide ab. Dies könne er nicht nachvollziehen.

Herr Dech pflichtet dem bei, man könne hier nicht alte gegen neue Bewohner abwägen. Die Neckarpromenade sei keine grüne Oase, die jetzt zugebaut werden solle. Im Parkhaus NUB gebe es im zweiten OG Parkplätze, die man für 28 Euro anmieten könne. Die Neckarstadt verfüge über zahlreiche Grünflächen; er lädt Frau Heß ein, diese einmal gemeinsam zu besichtigen, wenn sie die Grünflächen nicht kenne.

Herr Götz führt aus, dass weder Franklin noch Spinelli ausreichend Fläche bieten, den er Stadt benötigten Wohnraum zu schaffen. Hammonds biete ebenfalls wenig Möglichkeiten. Insofern müsse man Flächen nutzen, an denen solcher Wohnraum vorgesehen werden könne. Das sei die Entwicklung, die Urbanität mit sich bringe.

Herr Tölk erklärt, man könne mit der Bebauung den Parkdruck in der Neckarstadt nicht lösen, im Parkhaus NUB seien aber zahlreiche Plätze frei. Er erläutert nochmals zum Thema Bäume, welchen Raum bzw. welchen Abstand zur Bebauung man berücksichtigen müsse.

Herr Trüper sagt, man müsse bei Stadtgestaltung immer Aspekte gegeneinander abwägen, so auch Dachbegrünung gegen auf Bodenniveau liegende Grünflächen. Die Stadt benötige dringend neuen Wohnraum, um zu verhindern, dass die Miet- und Eigentumspreise weiter durch die Decke schießen. Die LINKE plädiere dafür, das Projekt umzusetzen.

Herr Götz berichtet auf Nachfrage aus der Bevölkerung, dass an der Untermühlaustraße derzeit keine Pläne für eine Bebauung existieren, für neue Wohnbebauung sei dieses Gelände eventuell nicht geeignet. Da Gelände bleibe aber sicher nicht ungenutzt.

Der BBR votiert mit 4 Ja, 2 Enthaltungen und 4 Nein-Stimmen, womit die Beschlussempfehlung der Verwaltung keine Zustimmung findet.

TOP:4

V293/2018 Fohr, Adrian

Bebauungsplan Nr. 32.3.2 "Medizinische Fakultät"

hier:

Aufstellungsbeschluss

Herr Fohr berichtet einleitend, dass man das Vorhaben im BBR vorstellen wolle, aber erst nach der Sommerpause im AUT beraten werde. Man habe vor zwei Jahren ein B-Planverfahren im BBR vorgestellt, allerdings sei es dabei um das MMT-Campus gegangen, die Planungen zur Med. Fakultät seien damals noch nicht entsprechend vorangeschritten gewesen. Er geht anhand des Luftbilds auf die Abgrenzung Klinikum und Fakultät ein. Die Med. Fakultät sei seit 2006 Vollfakultät, aber in verschiedenen Gebäuden, auch durch externe Anmietungen, untergebracht. Eine Bewertung der Lehrflächen habe 2015 ergeben, dass diese nicht ausreichen und die Räumlichkeiten teilweise schlecht geeignet seien. Die Fakultät habe deshalb ein Raumprogramm erstellt und eine Fördersituation geschaffen, um den Erweiterungsbau realisieren zu können. Mit dem Klinikum sei ein iteratives Planungsverfahren durchgeführt worden, man wolle eine Zonierung des Bereichs erzielen. Die Bebauung orientiere sich stark an der des benachbarten MMT-Campus. In der Nachprüfung des Wettbewerbsergebnisses habe man festgestellt, dass sich die geplante Bruttogeschossfläche so nicht realisieren lasse, so dass es hier nochmals geringe Anpassungen geben müsse. Die Fakultät müsse nun ein Planungsbüro beauftragen, das den Entwurf im sog. Skizzenverfahren ausarbeite. Für den B-Plan solle nun der Aufstellungsbeschluss gefasst und in die frühzeitige Beteiligung gegeben werden.

Herr Dech erklärt, das Vorhaben sei eine sinnvolle Ergänzung zum MMT-Campus und stärke auch das Klinikum. Die SPD werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Ulas erkundigt sich, ob die Gebäude M 3 und M 4 abgerissen werden sollen. Ihn interessiere auch, ob es einen barrierefreien Abgang zum MMT-Campus geben solle.

Frau Henz-Best begrüßt den Erhalt der Bäume und bittet darum, möglichst viele Bäume zu erhalten.

Herr Fohr erläutert, dass noch nicht genau feststehe, ob die Gebäude M 3 und M 4 erhalten werden sollen. Die Bäume seien teilweise aus Wildwuchs entstanden, hier messe man einem Erhalt wenig Möglichkeit zu, anders sei dies bei den angelegten Bäumen.

Herr Götz wirft die Frage auf, trotz der verspäteten Zustellung über den Beschlussvorschlag abzustimmen. Da es aus dem Gremium keine Einwände gibt, wird das Votum abgefragt.

Der BBR spricht sich mit 6 Ja und 2 Enthaltungen für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus.

TOP:5

Stadtbezirksbudget - mündlicher Bericht über die Verwendung der Mittel

Herr Ulas trägt die Budgetentscheidungen des BBR vor: der PSV erhält für Minifußballtore einen Betrag von 580, die Käthe-Kollwitz-Grundschule ebenfalls für Fußballtore 500 Euro. Das Forum wird mit 900 Euro bei den Projekten Meet & Play und EssensZeit unterstützt. Das KH Neckarufer erhält 500 EUR für Bilderbücher, das GhettoSoul Tanzfestival ebenfalls 500 Euro. Die Freie Interkulturelle Waldorfschule wird mit 500 Euro beim Kauf von Bühnenpodesten unterstützt, die Kult Tour mit 2.000 Euro. Weiter fließen 800 Euro an die KG Mannemer Stroseridder, an das Theater Oliv 500,-, den Förderverein der Uhland-Grundschule 1.050,-, das KH August Kuhn 621,- und die Johannes-Kepler 400,- für einen Kunstworkshop. Weitere Beträge gehen an das KH Herzogenried mit 700,- für Medienpädagogik und die IG Herzogenried mit 500,- für das Stadtteilst. -----

TOP:6

Anfragen / Verschiedenes

Herr Götz teilt mit, dass der BBR um Prüfung gebeten hatte, wie an der Kreuzung Käfertaler/Kussmaul- bzw. Zellerstraße das Parken verhindern werden könne; dies sei nun in BBR-VzV0118/2018 beantwortet und werde umgesetzt.

Des Weiteren werde die Fußgängerampel in der Lange Rötterstraße auf Anregung des Bezirksbeirats künftig auch sonntags betrieben.

Herr Trüper spricht VzV0121/2018 an; er sei der Meinung, dass die Verwaltung hier die Örtlichkeit verwechselt habe, da an der vom BBR angesprochenen Stelle eine Bodengleichheit gegeben sei. Die Information wird nochmals an die Verwaltung gegeben; es geht um den Abschnitt Neuer Messplatz/Einfahrt Gartenklause.

Aus der Bevölkerung wird nachgefragt, ob es auch in den Seitenstraßen im Stadtteil Überlegungen gebe, Fahrradabstellplätze einzurichten.

Herr Götz erklärt, ihm seien keine Planungen bekannt, der BBR könne dies aber ggf. bei der Verwaltung anfragen.

Da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Herr Götz den Tagesordnungspunkt und beendet die Sitzung.

- Ende der Sitzung -

ZUR BEURKUNDUNG

gez. R. Götz

Stadtrat Reinhold Götz
Sitzungsleitung

gez. H. G. Dech

Hans Georg Dech
Bezirksbeirat

gez. Dr. J. Schuler

Dr. Johannes Schuler
Bezirksbeirat

gez. A. Damm

Ariane Damm
Schriftführerin